



**GRÜNE Schweiz**

Miro Poffa  
Waisenhausplatz 21  
3011 Bern

miro.poffa@gruene.ch  
031 326 66 12

Eidgenössisches Department für Umwelt,  
Verkehr, Energie und Kommunikation  
UVEK

*per Mail an*  
[vernehmlassungen@astra.admin.ch](mailto:vernehmlassungen@astra.admin.ch)

Bern, 9. Januar 2026

**Abgabe auf der Fahrleistung von Elektrofahrzeugen oder Steuer auf dem Ladestrom  
für Elektrofahrzeuge; Vernehmlassungsantwort**

Sehr geehrter Herr Bundesrat  
Sehr geehrte Damen und Herren

Im Zusammenhang mit der im Titel vermerkten Vernehmlassung haben Sie die GRÜNEN zur Stellungnahme eingeladen. Wir danken Ihnen für die Einladung und äussern uns wie folgt.

Die GRÜNEN begrüssen die Einführung einer Abgabe auf der Fahrleistung von Elektrofahrzeugen ab 2030. Eine fahrleistungsabhängige Abgabe ist ein logischer Schritt, um die verursachergerechte Finanzierung durch die Elektromobilität zu gewährleisten. Gleichzeitig darf sie nicht isoliert betrachtet werden, sondern muss Teil einer konsistenten Klimapolitik sein. Dafür braucht es einen klaren Plan zum Stopp der Inverkehrsetzung neuer fossiler Fahrzeuge und einer konsequenten Lenkung der Mittel in eine nachhaltige Mobilität.

**Die Einführung der Abgabe ab 2030 ist zu begrüssen**

Auch Elektroautos sind nicht emissionsfrei. Der Reifen- und Bremsabrieb verursacht gesundheitsbelastenden Feinstaub. Zudem verursachen auch elektrisch betriebene Fahrzeuge externe Kosten durch Lärm, Unfälle und die Nutzung der Infrastruktur. Deshalb ist es richtig, dass auch diese Fahrzeuge auf Grund ihrer Umweltkosten verursachergerecht besteuert werden und ihren Anteil an die Infrastrukturkosten leisten

Es muss verhindert werden, dass die Elektromobilität lediglich dazu genutzt wird, den Trend zu immer grösseren und schwereren Fahrzeugen fortzusetzen. Durch eine Abgabe, die sich am Fahrzeuggesamtgewicht orientiert, besteht ein klarer finanzieller Anreiz für den Kauf kleinerer, ressourcen- und energieeffizienterer Modelle.

Entsprechend unterstützen die GRÜNEN den geplanten Einführungszeitpunkt des Bundesrates ab 2030. Diese Zustimmung ist jedoch zwingend an die Forderung geknüpft, einen gesetzlich definierten Stopp der Inverkehrsetzung neuer fossiler Fahrzeuge festzulegen. Nur so kann die Schweiz ihre Klimaziele auch im Verkehrssektor erreichen, der für rund einen Drittels der gesamten Treibhausgasemissionen der Schweiz verantwortlich ist. Ohne diesen klaren Absenkpunkt bei fossilen Fahrzeugen droht die neue Abgabe die gleichzeitig notwendige Elektrifizierung des Strassenverkehrs auszubremsen.

### **Eine fahrleistungsabhängige Abgabe ist zu bevorzugen**

Die GRÜNEN sprechen sich dezidiert für die Variante «Fahrleistung» aus. Eine Besteuerung basierend auf der Fahrleistung in Kombination mit dem Fahrzeuggewicht stellt eine transparente und faire Lösung dar, die direkt mit der Beanspruchung der Infrastruktur und der Umweltbelastung korreliert. Zudem ist diese Variante umsetzbar und deutlich weniger anfällig für Umgehungsversuche.

Die Variante «Ladestrom» lehnen die GRÜNEN hingegen ab. Sie birgt Umgehungsrisiken (bspw. durch das Laden an nicht registrierten Steckdosen, Laden im Ausland) und bedingt eine Nachrüstung der Ladeinfrastruktur.

Eine pauschale Abgabe, lehnen die GRÜNEN ebenfalls ab, da sie eine «Flatrate für Vielfahrende» bedeuten würde. Eine fahrleistungsbasierte Abgabe hingegen erhöht die Kosten auf jeder Fahrt. Dies belohnt suffizientes Verhalten und motiviert zur Nutzung des öffentlichen Verkehrs.

### **Einnahmen für die Verkehrswende nutzen**

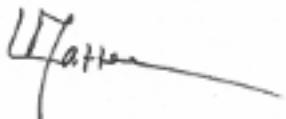
Die GRÜNEN fordern, dass die Mittel im NAF für eine Stärkung der Agglomerationsprogramme eingesetzt werden. Die Mittel für Projekte, die den Modalsplit zugunsten von öffentlichem Verkehr sowie Fuss- und Veloverkehr beeinflussen, müssen erhöht werden – dazu sollen die Beiträge innerhalb des NAF an die Agglomerationsprogramme verdoppelt werden.

Zudem hat die Stimmbevölkerung am 24. November 2024 den masslosen Ausbau der Nationalstrassen abgelehnt. Entsprechend ist auf eine Finanzierung von neuen Kapazitätserweiterungen auf Nationalstrassen zu verzichten.

Des weiteren lehnen die GRÜNEN die geplante Abgabe auf die Kategorie Motorfahrräder (schnelle E-Bikes, Cargo-Bikes) ab. Entsprechende Fahrräder sind zentrale Pfeiler der Verkehrswende und müssen gefördert statt zusätzlich belastet werden. Eine Besteuerung würde komplett falsche Anreize setzen, während die zu erwartenden Einnahmen vernachlässigbar sind. Eine steuerliche Bevorteilung von Plug-In-Hybride (durch einen reduzierten Tarif), sowie von Non-Road-Fahrzeugen, wie sie der Bundesrat plant, lehnen die GRÜNEN ab. Plug-In Hybride haben in der Realität eine oft schlechtere Ökobilanz als angenommen, und auch Non-Road-Fahrzeuge müssten einen Anteil an ihren Umweltkosten tragen.

Wir danken Ihnen für die Berücksichtigung dieser Stellungnahme und stehen für Fragen gerne zur Verfügung.

Freundliche Grüsse



Lisa Mazzone  
Präsidentin



Miro Poffa  
Fachsekretär Umwelt, Energie und Verkehr